

Urteil im Prozess gegen Blockierer nächste Woche

SZ 15.11.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2938426>

Dresden. Im ersten Prozess gegen einen mutmaßlichen Blockierer vom 19. Februar wird das Amtsgericht Dresden erst nächsten Mittwoch urteilen. Die Staatsanwaltschaft forderte für den Angeklagten eine Verwarnung mit Strafvorbehalt in Höhe von 150 Euro, ausgesetzt für ein Jahr zur Bewährung. Verteidigerin Kristin Pietrzyk dagegen plädierte auf Freispruch.

Neun Zeugen wurden gestern gehört, darunter acht Polizisten. Sie berichteten über die Umstände der Blockade der Fritz-Löffler-Straße und dem gesamten Demo-Geschehen am 19. Februar. Das abgesperrte Gebiet, in dem Rechtsextremisten einen Aufzug planten, bezeichnete die Polizei als Aufenthaltsverbotszone. Das sei jedem bekannt gewesen. Es habe aber schon vormittags gewalttätige Durchbrüche von Gegendemonstranten des Nazi-Aufmarschs gegeben.

Oberstaatsanwalt Jürgen Schär sagte, der 22-Jährige sei nicht zufällig dort gewesen: „Es wusste jeder, worum es an diesem Tag ging.“ Demgegenüber sagte die Verteidigerin, auch die Blockade sei eine schützenswerte Versammlung gewesen. Die Polizei habe es dort versäumt, Auflagen zu erteilen. (lex)

Prozesse gegen mutmaßliche Blockierer

SZ online 14.12.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2937384>

Zwei Demonstranten, die am 19. Februar wegen eines Nazi-Aufmarschs die Straße versperrt haben sollen, stehen heute vor Gericht.

Gleich zwei Angeklagte müssen sich heute am Amtsgericht Dresden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Die Männer haben laut Anklage am 19. Februar die Fritz-Löffler-Straße gemeinsam mit bis zu 1700 Blockierern versperrt. Damit sollen sie eine Demo von Rechtsextremisten verhindert haben.

Unter den Beschuldigten ist ein 22-jähriger Student, dessen Prozess bereits im Oktober erstmals begonnen hatte. Die Verhandlung platzte jedoch wegen mehrerer Ungereimtheiten. So war unklar, ob Unbeteiligte während der Polizeiaktion gegen die Gegendemonstranten in den Polizeikessel geraten konnten. Eine der weiteren Fragen war etwa, ob die Blockade zu dem Zeitpunkt, als die Polizei die Personalien der vermeintlichen Blockierer aufnahm, überhaupt noch bestanden hatte. Dies hatte Kristin Pietrzyk aus Jena, die Verteidigerin des Studenten, damals kritisiert.

Staatsanwalt ermittelte nach

Richter Hajo Falk beauftragte daraufhin die Staatsanwaltschaft mit Nachermittlungen und setzte den Prozess aus. Der angeklagte Student hatte zunächst per Strafbefehl eine Geldstrafe von 150 Euro erhalten. Eine Einstellung seines Verfahrens gegen eine Geldauflage hatte er zuvor abgelehnt. Auch gegen den Strafbefehl legte er Einspruch ein. Im ersten Prozess machte er von seinem Schweigerecht Gebrauch. Für ihn geht es heute ab 11Uhr also in die zweite Runde.

Ab 13 Uhr dann muss sich ein 41-Jähriger mutmaßlicher Blockierer vor einem anderen Strafrichter verantworten. (lex)

Bündnis Nazifrei ruft zur Blockade auf

SZ 14.12.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2937423>

Zum dritten Mal soll der Naziaufmarsch am 13. Februar verhindert werden. Prominente unterstützen das Anliegen.

Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ will auch im dritten Jahr den Naziaufmarsch anlässlich der Zerstörung der Stadt 1945 blockieren. „In den vergangenen zwei Jahren ist es uns gelungen, den Aufmarsch erfolgreich zu blockieren. Tausende Nazis konnten ihr eigentliches Ziel, mit einer Großdemonstration ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen, nicht erreichen“, schätzt Paul Tschirmer vom Bündnis Nazifrei ein. Das sollte in diesem Jahr erneut gelingen, deshalb rufe das Bündnis aus Parteien, Organisationen, Antifagruppen, Vereinen, religiösen Gruppen, Einzelpersonen, Künstlern und Prominenten zum Blockieren auf.

Zur Vorbereitung werde es heute um 19Uhr und an drei weiteren Abenden weitere Blockadetrainings geben. Vom 27. bis 29. Januar hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einem internationalen Kongress zum Thema „Ziviler Ungehorsam“ in die TU Dresden eingeladen.

Die Zahl der Unterstützer sei in diesem Jahr besonders groß, sagt Benjamin Kümmig vom Bündnis. So gehören zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs die Vize-Bundestagspräsidenten Katrin Göring-Eckardt und Wolfgang Thierse, Liedermacher Konstantin Wecker, mehrere Bundestagsabgeordnete und Oberbürgermeister.

Ziel sei es, Naziaufmärsche am 13. und 18. Februar durch Massenblockaden zu verhindern. „Von uns wird aber keine Eskalation ausgehen, unser Ziel ist nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei“, versichert Kümmig. Das Bündnis habe in der Vergangenheit immer zuverlässig gesagt, was es wo unternehme.

Ausdrücklich begrüße das Bündnis die Arbeit und die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft 13. Februar, auch wenn es dazu nicht eingeladen sei. Es sei ein großer Fortschritt, dass die Zeremonie auf dem Heidefriedhof geändert wird. Mit einer Großdemonstration am 18. Februar werde die „Vielfalt des Protestes“ gestärkt. Allerdings gehe dies nicht weit genug. (SZ/kle)

www.dresden-nazifrei.com

Aufruf: Dresden Nazifrei erhält prominente Unterstützung für Demos gegen Naziaufmärsche

DNN online 14.12.2011 Dominik Brüggemann

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Aufruf-Dresden-Nazifrei-erhaelt-prominente-Unterstuetzung-fuer-Blockaden-gegen-Naziaufmaersche-1472785599>

Dresden. Unter dem Motto „Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist“ hat das Aktionsbündnis Dresden Nazifrei einen Aufruf zu Massenblockaden am 13. Februar 2012 in Dresden veröffentlicht. Zwei Monate vor dem Jahrestag der Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 erhält das Bündnis dabei breite Unterstützung von Organisationen, Künstlern, Politikern und Einzelpersonen.

Unter anderem haben die Bands die Toten Hosen und die Ärzte, Kabarettist Volker Pispers, Politiker wie Katrin Göring-Eckhardt (Die Grünen) und Gregor Gysi (die Linke) sowie der Jenaer Pfarrer Lothar König den Aufruf mitunterzeichnet. „Die Unterstützer werben für unser Anliegen und ihnen bleibt es überlassen auch Spendengelder für uns zu akquirieren“, berichtet ein Sprecher des Bündnisses. „Im Kampf gegen Rechts braucht es unbedingt die Initiativen vor Ort. Deswegen fordern wir die Rücknahme aller „Extremismusklauseln“ sowie ein Bundesprogramm gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Höhe von 50 Millionen Euro. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Initiativen vor Ort nachhaltig arbeiten und Wirkung erzeugen können“, erklärte Claudia Roth, Bundesvorsitzende der Grünen, die den Aufruf ebenfalls unterzeichnete.

Mit dem Aufruf „Aller guten Dinge sind drei!“ will man an das erfolgreiche Entgegenreten gegen die Naziaufmärsche in den vergangenen zwei Jahre in Dresden anschließen. Dabei wende man sich gegen jede Form von Geschichtsrevisionismus. Man wolle alten und neuen Nazis auf keinen Fall eine Gelegenheit bieten, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen. Deshalb werden die Organisatoren auch den „Täterspuren“-Mahngang durchführen, um an die NS-Geschichte in der Stadt zu erinnern, verkündet der Aufruf. Dieses Jahr wurde der Mahngang von der Stadt kurzfristig verboten.

„Unsere Arbeit konzentriert sich aktuell auf die Mobilisierung der Demonstranten außerhalb von Dresden. Wir wollen möglichst wieder ein breiten globalistischen Aufmarsch auf die Beine stellen“, so ein Sprecher des Bündnisses am Dienstag. Gleichzeitig müsse man sich mit den staatlichen Repressionen auseinandersetzen. „Der Verfolgungswahn der Justiz sorgt für eine Menge Arbeit bei uns“, so der Bündnis-Sprecher. Trotzdem lasse man sich durch rechtswidrige Funkzellenabfragen, politisch motivierte Strafverfahren und Immunitätsaufhebungen nicht einschüchtern. Die Mordserie der in Sachsen untergetauchten Neonazis zeige weiter, wie wichtig entschlossenes Handeln sei. Daher werde man auch 2012 wieder bunt, lautstark und kreativ gegen Neonazis demonstrieren. Sowohl für den 13. Februar als auch den 18. Februar seien bereits Kundgebungen rechter Gruppen angemeldet.

Bundesweiter Aufruf zu Blockade von Neonazi-Demo

SZ online 13.12.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2936654>

Dresden. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ macht jetzt bundesweit gegen Neonazi-Aufmärsche zum Jahrestag der Zerstörung Dresdens mobil. Es rief am Dienstag unter dem Motto „Aller guten Dinge sind 3 - Block Dresden 2012“ zu Blockaden im Februar auf. Nach bisherigen Erkenntnissen ist für den 18. Februar eine große Neonazi-Demonstration geplant.

Dresden erinnert alljährlich im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme nutzen den Anlass für Aufmärsche. 2010 und 2011 konnten keine Neonazis durch die Stadt laufen, weil Tausende Menschen die Marschstrecke blockierten. In diesem Jahr kam es dabei zu gewaltsamen Ausschreitungen von Linken und Rechten. (dpa)

Blockade von Aufmärschen

"Dresden-Nazifrei" will Rechtsextreme erneut stoppen

mdr 13.12.2011

<http://www.mdr.de/sachsen/erneute-blockade-von-nazis100.html>

Das Aktionsbündnis "Dresden-Nazifrei" will auch im kommenden Jahr wieder einen Neonazi-Aufmarsch in der Stadt blockieren. Wie das Bündnis am Dienstag mitteilte, wurde die bundesweite Mobilisierungskampagne unter dem Titel "Aller guten Dinge sind drei - Block Dresden 2012" gestartet. Mitorganisator Benjamin Kümmig sagte, es wäre ein großer Erfolg, wenn sich am 18. Februar 2012 erneut 20.000 Blockierer in der Stadt einfänden.

Bereits Busse für die Anreise gebucht

Nach Angaben von Kümmig haben sich in vielen Orten der gesamten Bundesrepublik Unterstützerkreise für die Blockade gebildet. Es seien auch schon zahlreiche Busse für die Anreise gebucht worden. Der Aktivist kündigte an, dass bis Februar weitere Blockadetrainings stattfinden werden. Zudem sei Ende Januar an der Technischen Universität Dresden ein internationaler Kongress zum Thema ziviler Ungehorsam geplant. Erwartet würden Vertreter aus mehr als zehn Ländern, darunter auch aus der Demokratiebewegung Ägyptens.

Zahlreiche prominente Unterstützer

Die Kampagne wird von zahlreichen Organisationen sowie von prominenten Künstlern und Politikern unterstützt. Unter ihnen sind die Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Petra Pau (Linke), die Rockband "Die Ärzte", die "Aktion Sühnezeichen Friedensdienste", die DGB-Jugend und die "Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus". Die Stadt Dresden und die sächsische CDU/FDP-Landesregierung lehnen die Blockade genehmigter Aufmärsche dagegen ab. Die Stadt plant jedoch erstmals eine von allen demokratischen Parteien unterstützte Großkundgebung gegen die Neonazis.

Dresden erinnert jährlich an die verheerenden anglo-amerikanischen Luftangriffe vom Februar

1945. Seit Jahren versuchen Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet, das Gedenken zu missbrauchen. Sie versammeln sich zu einem kleineren Aufmarsch am eigentlichen Gedenktag und zu einem bundesweiten Großaufzug am Wochenende danach. Im vergangenen Februar kam es zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen Blockierern und der Polizei. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen zahlreiche Blockierer daraufhin Ermittlungsverfahren eingeleitet, die ersten Gerichtsverhandlungen fanden inzwischen statt.

Thüringens Linke fordert weitere Auskunft zu Ermittlungen gegen Jugendpfarrer König

DNN online 13.12.2011 dpa

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Thueringens-Linke-fordert-weitere-Auskunft-zu-Ermittlungen-gegen-Jugendpfarrer-Koenig-310794022>

Erfurt/Dresden. Im Streit um Ermittlungen gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König hat die Linke-Fraktion im Thüringer Landtag weitere Auskünfte gefordert. Sie hegt den Verdacht, dass dabei von der Dresdner Staatsanwaltschaft rechtswidrig gegen Königs Tochter, die Linken-Abgeordnete Katharina König, ermittelt wurde, wie aus einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung hervorgeht. So sollen zwei Telefongespräche der Abgeordneten aufgezeichnet und sie selbst bei einer Gedenkveranstaltung observiert worden sein. Nun wird Auskunft gefordert, inwieweit dies gegen den in der Landesverfassung garantierten besonderen Schutz von Abgeordneten verstößt

In ihrer Anfrage beruft sich die Fraktion auf einen Brief von Lothar Königs Berliner Rechtsanwalt Johannes Eisenberg. Er wirft den Dresdner Strafverfolgungsbehörden vor, nur unter einem Vorwand gegen den Pfarrer ermittelt zu haben, um tatsächlich seine durch Immunität geschützte Tochter auszuspähen. Daher habe er Strafanzeige wegen Verfolgung eines Unschuldigen erstattet.

Der Rechtsanwalt bezieht sich dabei auf die Observation des Pfarrers Anfang Februar durch die Dresdner Polizei wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. „Zu diesem Zeitpunkt war bekannt, dass Lothar König weder den auf ihn angemeldeten Kleinbus gefahren hatte, dessen Fahrt zum Dresdner Heidefriedhof Anlass zu Verdachtsschöpfung gegeben hatte, noch dass er das auf ihn angemeldete Telefon genutzt hatte, das in eine Telefonüberwachung geraten ist“, heißt es in einer Erklärung des Anwalts. „Tatsächlich hatte beides eine Thüringer Landtagsabgeordnete genutzt.“ Dies hätten auch die Ermittler gewusst.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden wollte sich am Dienstag auf Anfrage nicht zu den Vorwürfen äußern. Gegen Pfarrer König wurde kürzlich Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs erhoben, weil er bei Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar in Dresden per Lautsprecher zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben soll. Er bestreitet das. Gegen ihn war zunächst auch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt worden, doch war das Verfahren im August vorläufig eingestellt worden.

Linke fordert Auskunft zu Ermittlungen gegen König

BILD Dresden online 13.12.2011

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/linke-fordert-auskunft-zu-ermittlungen-gegen-21545974.bild.html>

Erfurt/Dresden (dpa) - Im Streit um Ermittlungen gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König hat die Linke-Fraktion im Thüringer Landtag weitere Auskünfte gefordert. Sie hegt den Verdacht, dass dabei von der Dresdner Staatsanwaltschaft rechtswidrig gegen Königs Tochter, die Linken-Abgeordnete Katharina König, ermittelt wurde, wie aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion an die Landesregierung hervorgeht. So sollen zwei Telefongespräche der Abgeordneten aufgezeichnet und sie selbst bei einer Gedenkveranstaltung observiert worden sein. Nun wird Auskunft gefordert, inwieweit dies gegen den in der Landesverfassung garantierten Schutz von Abgeordneten verstößt.

Musik zu aggressiv? Seltsame Anklage gegen Jugendpfarrer

Chemnitzer Morgenpost 13.12.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2936605>

Die Anklage gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König im Zusammenhang mit der Demonstration vom 19. Februar 2011 nimmt immer seltsamere Züge an. Dem Pfarrer wird unter anderem vorgeworfen, aggressive Musik gespielt zu haben!

Dresden/Jena. „Keine Macht für Niemand!“ Der Kultsong der Deutschrocker von „Ton, Steine, Scherben“ aus den Siebzigern wird fast auf jeder Demo in Deutschland gespielt. In Sachsen allerdings kann das Abspielen, wie im Fall König, dazu führen, dass der Staatsanwalt aktiv wird. Dem Geistlichen wird das Abspielen von „Musik mit aggressiven anheizenden Rhythmen“ vorgeworfen, die zur Gewalt aufwiegeln würden, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die Anklageschrift bezichtigt den Jenaer Jugendpfarrer gar eines „besonders schweren Falls von Landfriedensbruch“. Darauf steht eine Strafe von sechs Monaten bis zehn Jahren Haft.

Angeblich habe König, so die Süddeutsche, auch aufwieglerische Worte während der Demonstration über seinen blauen VW-Bus übertragen. Der Bus des Pfarrers sei quasi die „Führungszentrale“ der gewaltbereiten Linksextremen gewesen. Als Beweis gebe die Staatsanwaltschaft an, dass auf dem Bus eine Fahne geschwenkt worden sei. Auch ein Steinwerfer, der angeblich am Bus stand, werde König angelastet: Strafvereitelung sei dies gewesen.

Das Handy eines Linksaktivisten sei ebenfalls im Vorfeld des 19. Februar ermittelt worden, das auf König registriert gewesen sei. Laut Süddeutscher Zeitung benutzte dieses Königs Tochter Katharina. Da die Abgeordnete der Linken im Thüringer Landtag aber nicht so leicht zu observieren war, geriet wieder ihr Vater ins Visier: So seien Lothar König selbst und sein VW-Bus am Demo-Tag akribisch beobachtet worden. (JU)